Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
7 (1893)

252 (12.12.1893)

urn:nbn:de:gbv:45:1-227425

Visual Library

633

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen des werkthätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inserate die viergespaltene Zeile 10 ₰ bei Wiederholungen Rabatt. Postzeitungsliste Nr. 4757.

Abonnement bei Vorausbezahlung frei in's Haus: vierteljährlich . . . 2,10 ℳ für 2 Monate . . . 1,40 „ für 1 Monat . . . 0,70 „ excl. Postbestellgeld.

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 252. Bant, Dienstag den 12. Dezember 1893. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom Donnerstag den 7. Dezember.

Fortsetzung der ersten Berathung der Novelle zu den Stempelsteuergesetzen.

Abg. Hahn (nat.): Bei der Vorlage machen wir einen Unterschied zwischen der Besteuerung der Börse und der Besteuerung der anderen Objekte, welche unter dieses Gesetz mit einbegogen sind. Dem zweiten Theil stehen wir nicht so sympathisch gegenüber, wie dem ersten. Bei der Besteuerung der Börse ist Gelegenheit geboten, der nationalliberalen Partei die alten Sympathien wieder zu gewinnen, indem sie den Vorwurf der Börsenfreundlichkeit abschüttelt. Wenn gestern von dem Vertreter der freisinnigen Vereinigung, welcher doch bei den Wahlen so große Kapitalien aus den Börsenkreisen zur Verfügung standen, erklärt ist, daß sie für diese Steuer eintreten wird, so haben wir keinen Grund, unter den gegebenen Umständen gegen diese Steuer zu sein. Ich muß hier kurz den Spielerprozeß berühren, zumal gestern erst wieder Herr Singer sich berufen gefühlt, denselben wieder in die Debatte zu ziehen. Ja, Herr Singer, die Zahl der edelsten der Nation, welche an der Börse spekuliren, ist verschwindend klein gegenüber der Zahl der Leute mit alttestamentlichen Namen, welche die Börse bevölkern. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren, haust du meinen Lieutenant, hau ich deinen Juden! (Große Unruhe.) Die meisten Leute, welche abfällig über Offiziere urtheilen, haben gar keine Beziehung zu den Offizierskreisen. (Sehr richtig! rechts.) (Präsident v. Levetzow bittet den Redner, nicht so weit von dem Gegenstand der Tagesordnung abzuschweifen.) Es hätte durch die Gesetzgebung wohl gesorgt werden können, daß nicht werthlose Papiere zu hohem Kourse an der Börse dem Publikum angeboten wurden. Für diese Papiere haben aber vorher erst die Zeitungen die nöthige Reklame gemacht. (Zuruf links.) Es könnte eine Zentralstelle eingesetzt werden, die dem Publikum gewissenhafte Auskunft über den Werth solcher Papiere ertheilte. (Abg. Richter ruft: Also ein geheimer Papierrath!) Jawohl, Herr Richter! und auch die Freisinnige Zeitung hätte ein solcher Papierrath werden können. Sie ist es aber nicht geworden, denn auch sie hat die Mittheilungen, welche ihr von interessanter Seite zugesteckt sind, ohne Weiteres aufgenommen. (Richter ruft: Nein!) Jawohl, alle Zeitungen haben das gethan, Sie haben gebracht, was Ihnen zugesteckt ist. (Abg. Richter: Sie schicken ja selbst solche Mittheilungen.) Die Börsenspekulationen werden gegenwärtig von dem Publikum durch Vermittelung der Bankiers in bedenklichem Umfange betrieben und die Folge davon ist, daß der Zusammenbruch eines Bankhauses stets weite Kreise der Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht. Die Börse sollte dem großen Publikum fern gehalten werden. (Sehr richtig!) Ich will der Börse ja nicht allen Patriotismus abstreiten. Sie hat ihn bei der Militärvorlage bekundet, und man erzählt sich auch, daß gewisse Herren an der Börse es nicht ungern sehen, wenn ihre Töchter sich mit Lieutenants verheirathaten, aber andererseits läßt sich nicht verkennen, daß im Volke eine Strömung gegen die Börse vorhanden ist. Es wäre zu wünschen, daß die Angehörigen aller Fraktionen sich entschlössen, der Börse gegenüber entschieden Stellung zu nehmen. Es ist dies dringend nöthig, wenn auch vielleicht nicht im Interesse der Fraktion und auch vielleicht nicht in Uebereinstimmung mit den Wählern, sicher aber im Interesse und zum Wohle des Vaterlandes. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit): Ich gratulire den Nationalliberalen zu dem hörbaren Ruck von der Politik des laisser aller zu der Unterstützung des wirthschaftlich Schwachen durch das Gesetz. Es klang auch aus den Worten des Vorredners eine Art Antisemitismus heraus. (Heiterkeit.) Weniger erfreulich war mir die Bemerkung, daß Bankierstöchter, also auch jüdische, gern einen preußischen Lieutenant heirathen. Das giebt nach meiner Ansicht keinen guten Klang. (Große Heiterkeit.) Was die Börsensteuer betrifft, so ist dieselbe doch schon durch eine ganze Anzahl von sittlichen Gründen gerechtfertigt, wenn ich auch meinerseits nicht glaube, daß die Steuer die sogenannte Börsenmoral bessern wird. Ueber diese uns zu informiren, hofften wir von den Ergebnissen der Börsenuntersuchungskommission. Zu unserem Bedauern haben wir vom Grafen Kanitz hören müssen, daß wir unsere Erwartungen nicht zu hoch spannen dürfen. Der Reichskanzler hat uns neulich mit den Sozialdemokraten verglichen, da wir nur das jüdische, die Sozialdemokraten aber das Kapital überhaupt bekämpften. Wir unterscheiden aber nicht zwischen jüdischem und anderem Kapital, sondern zwischen gutem und schlechtem Kapital. Das letztere finden wir vor Allem an der Börse, und deshalb bekämpfen wir es. Damit treiben wir noch keine Demagogie. Wären alle Unzufriedenen Demagogen, so gäbe es wahrlich keinen mächtigeren Förderer der Unzufriedenheit, die Sozialdemokraten schafft, als den Reichskanzler selbst. (Sehr richtig! rechts.) Wir sammeln in unserem Lager aber viele dieser Sozialdemokraten, und grade die Antisemiten werden der Sozialdemokratie immer mehr Boden abgraben. (Lachen links.) Die Petitionen gegen die Börsensteuer sind hauptsächlich von Juden unterzeichnet; die Träger der wenigen christlichen Namen sind vielleicht auch Juden. Die Namensänderung wird ja leider von den Behörden bereitwillig gestattet; ich erinnere an den Fall Schmuhl-Goetze. (Heiterkeit.) Wie die Börsenjobber leben, das hat der Prozeß Levy gezeigt. (Singer: Aber Leute, die Ehrenscheine unterzeichnen und nicht bezahlen!) Herr Singer, Sie machen sich wieder zum Träger von Insinuationen, die ich bereits wiederholt zurückgewiesen habe. (Singer: Unverschämte Frechheit. Vizepräsident Frhr. v. Buol ersucht den Redner, keine Zwiegespräche zu führen.) Ich habe das bereits mehrmals als bewußte Unwahrheit bezeichnet. (Vizepräsident Frhr. v. Buol rügt diesen Ausdruck als parlamentarisch nicht zulässig.) Eine Erschwerung des soliden Geschäftsverkehrs sehe ich in der Börsensteuer nicht, denn den größten Umfang haben an der Börse die Termingeschäfte. Das Termingeschäft wird aber leider auch unter dem neuen Stempelgesetz weiter blühen. Das Gleiche haben wir ja bei der Börsensteuer auch erlebt. Ich bedauere daher unendlich, daß man nicht eine Emissionssteuer vorgeschlagen hat. Die Begünstigung ausländischer Anleihen liegt doch sicher nicht im Interesse unserer Volkswirthschaft. Ich kann es nicht als richtig anerkennen, daß es Zeiten giebt, in denen es wünschenswerth ist, daß deutsches Kapital nach dem Auslande strömt, um ein Gründungsfieber im Inlande zu verhüten. Die Börse wird dadurch nur verleitet, immer stärkere Kursschwankungen herbeizuführen, die auch auf die inländischen Papiere zurückwirken müssen. Am schlimmsten aber ist die Steigerung der Spielleidenschaft, welche die Börse herbeiführt. Könnte man diese Spielleidenschaft aus der Welt schaffen, so würde ich gern mit Herrn Richter und Herrn Singer auch für die Beseitigung der Staatslotterien stimmen. Die Regierung hätte wahrlich alle Ursache, uns recht bald ein Börsenreformgesetz vorzulegen. Eine Definition des Begriffes Terminhandel halte ich für nicht so schwer. Ich kann mich dabei auf das Urtheil eines hervorragenden Juristen und auf einige praktischen Geschäftsmann berufen. Es ist mir mitgetheilt worden, daß eine ganze Reihe von Bankinstituten eine Art Ring bilden, um so die Kurse um so wirksamer beeinflussen zu können. Die Reichsregierung soll ja schon in eine Untersuchung darüber eingetreten sein. — Was dann die Quittungssteuer betrifft, so ist sie für mich in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Wird sie nicht erheblich abgeändert, so müßte ich gegen das ganze Gesetz stimmen. Auch die Frachtbriefsteuer ist abänderungsbedürftig.

Vizepräsident Frhr. v. Buol stellt aus dem Stenogramm fest, daß der Vorredner dem Abg. Singer gegenüber die Aeußerung gebraucht, daß dieser sich zum Träger einer bewußten Unwahrheit mache, und ruft den Vorredner deshalb zur Ordnung. Gleichfalls rügt der Präsident den Zwischenruf des Abg. Singer: Unverschämte Frechheit!

Singer (Soz) bemerkt, er habe diesen Zwischenruf nur gethan, weil die Aeußerung des Abg. Liebermann v. Sonnenberg ungerügt geblieben sei.

Abg. Dr. v. Komierowski (Pole) erklärt, seine Partei stehe im Großen und Ganzen auf dem Standpunkte des Abg. v. Buol. Sie billige die Erhöhung der Börsensteuer und bedauere dabei nur, daß das Termingeschäft nicht noch mit einer besonderen Steuer belegt worden sei. Der Quittungssteuer müsse man die schreienden Härten nehmen. Er wünsche dabei, daß das Material, das in der Börsenenquetekommission gesammelt worden sei, möglichst vollständig zur Veröffentlichung gelange.

Staatssekretär v. Bötticher sagt eine solche Veröffentlichung zu, kann aber noch nicht bestimmen, in welchem Umfange sie möglich sein werde.

Abg. v. Ploetz (S.): Die Börsensteuer ist eine von den Forderungen, die auf dem Programm des Bundes der Landwirthe stehen. Wir haben solche positiven Forderungen, wenn sie auch der Reichskanzler leugnet. Wir werden sie auch immer von Neuem erheben, die Nothlage der Landwirthschaft zwingt uns dazu; sonst müssen im Frühjahr Hunderte von Bauern die Bude schließen. (Heiterkeit. Sehr richtig! rechts. — Präs. v. Levetzow ersucht den Redner, zur Sache zu sprechen.) Ich habe bei der Börsensteuer vor Allem den Wunsch nach einer schärferen Heranziehung des Termingeschäfts. Ebenso befürworte ich eine Emissionssteuer, die dazu beitragen kann, exotische Papiere fernzuhalten. Der damit erzielte Mehrertrag könnte die Quittungs- und Frachtbriefsteuer entbehrlich machen, oder man könnte sie wenigstens gerechter abstufen.

Reichsschatzsekretär Posadowsky bemerkt dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg gegenüber, daß seitens der Finanzverwaltung Alles gethan werde, um auch dem großen Publikum den Bezug von Anleihepapieren zu ermöglichen. Eine Emissionssteuer sei einmal schwer durchzuführen und könnte auch leicht zu Retorsionsmaßregeln seitens der betroffenen Staaten führen, die unsere eigenen Anleihen schwer betreffen könnten. Die Werthsumme der im Inlande befindlichen ausländischen Papiere würde vielfach überschätzt.

Abg. Olann (nat.): Für die antisemitischen Exkursionen bedt Dr. Hahn möchte ich bitten, die nationalliberale Partei nicht verantwortlich machen zu wollen, denn sie ist nicht antisemitisch. Dem Abg. Liebermann muß ich den Vorwurf machen, daß er mit seiner Agitation die Leidenschaft der Massen erregt, ohne ein Mittel zu haben, diese Leidenschaften beruhigen zu können. Die Regierung sollte die Anregung einer direkten Reichseinkommensteuer nicht von der Hand weisen. Wenn es auch jetzt noch nicht dazu kommen mag, so werden wir über kurz oder lang dazu gedrängt werden und es kann nicht als ein Hinderniß für das Gesetz angesehen werden, daß z. B. in Bayern keine Einkommensteuer besteht. Der Reichskanzler hätte seine Worte nicht dahin auslegen sollen, als ob er nicht fest zugesagt hätte, die schwächeren Schultern zu schonen und die Steuern den leistungsfähigen auferlegen zu wollen. Das hat ihm das Vertrauen vieler Männer geraubt, die in der Hoffnung auf Einhalten dieser Zusage für die Militärvorlage gestimmt haben.

Abg. Meist (Soz.): Ich habe den Ausführungen meines Freundes Singer nur wenig hinzuzufügen. Vor Allem habe ich dem Abg. Liebermann von Sonnenberg entgegenzuhalten, daß wir gegen die Ausbeutung des Kapitals jeder Art sind und daß wir dabei keinerlei konfessionelle Unterscheidung machen. Bezüglich der Quittungssteuer kann ich aus meinen eigenen Erfahrungen bestätigen, daß sie den kleinen Geschäftsmann außerordentlich belasten würde. Ich habe herausgerechnet, daß ich pro Jahr nicht weniger als 50 Mk. Quittungs- und Frachtbriefstempel bezahlen müßte. (Hört! hört! links.) Eine solche Steuer wirkt doch neben der Einkommensteuer und den sonstigen Steuern unbedingt bedrückend für den kleinen Geschäftsmann. Der große, der seine Waaren in ganzen Waggonladungen bezieht, wird weniger hart davon betroffen. (Sehr richtig! links.) Die neuen Stempel werden aber nach den bisherigen Erfahrungen nur zur Defraudation verführen. Giebt es wirklich solche reiche Firmen, die systematisch Wechselstempel defraudiren. Ich weiß dies bestimmt von der Firma Gravingin Hemmersbach, und ich werde die Beweise für meine Behauptung auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Hört! hört! links.) Solche Thatsachen weisen mit zwingender Nothwendigkeit darauf hin, daß wir die Reichseinkommensteuer einführen müssen. Aber dagegen sträubt man sich, weil dadurch der Beutel der Besitzenden in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn Herr Miquel sein Einkommensteuer-Gesetz in Preußen lobte, so vergaß er dabei, daß die Progression desselben an der Stelle absprang, wo sie erst in Wirklichkeit angesetzt werden mußte, daß die Progression wohl nach unten vorhanden ist, aber nach oben fehlt. Da hat sich Herr Miquel vor den Truhen der reichen Leute geneigt, anstatt die Millionen da zu treffen, wo sie vorhanden sind. Das Prinzip der Gerechtigkeit ist längst verlassen worden, und weil es verlassen ist, dokumentirt es sich selbst durch den Volkswillen. Wenn Herr v. Liebermann sich freut, daß Agitatoren von uns zu ihm herübergekommen sind, so beglückwünschen wir ihn zu diesen Agitatoren herzlich, wir weinen denselben keine Thräne nach.

Schatzsekretär v. Posadowsky: Die Versicherungen des Reichskanzlers, die Bemittelten stärker heranzuziehen bei den Vorlagen, seien überall berücksichtigt. (Widerspruch links.) Außerdem seien die Vorlagen nicht vom Reichskanzler gemacht, sondern vom Bundesrath. (Aha!)

Abg. Graefe (Ant.): Die Quittungs- und Frachtstempelsteuer sei unannehmbar, die Börsensteuer ungenügend. Nach einigen weiteren Bemerkungen wird die Debatte geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr: Initiativanträge.

16. Sitzung vom Sonnabend, 9. Dezember.

Am Bundesrathstisch Minister v. Bötticher.

Das Haus nimmt zunächst die beiden von den Antisemiten gestellten Anträge, betreffend Aufhebung schwebender Strafverfahren gegen die Abgg. Leuß und Dr. König an.

Dann folgt die Berathung der Initiativanträge Aichbichler und Genossen und des Antrags v. Staudy und Genossen, betreffend Revision des Alters- und Invaliditätsgesetzes. Die Anträge der ersteren Antragsteller besagen: 1) Die Regierungen sollen Erhebungen anstellen, in wie weit das Gesetz in Bezug auf Abänderung und Organisation einer Abänderung bedarf; 2) geben sie der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung die in Aussicht gestellte Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen möglichst in dieser Session dem Reichstage zugehen lasse.

Zur Begründung des ersten Antrages führt aus der

Abg. Aichbichler (Zent.): Das Invaliditätsgesetz und Altersversicherungsgesetz, welches bestimmt war, sozialpolitisch wohlthätig zu wirken, hat in den weitesten Kreisen der Bevölkerung in ganz Deutschland Mißstimmung erregt. Eine Petition, welche die Aufhebung der zu Tage getretenen Mißstände nachsucht, hat allein massenhafte Unterschriften erreicht. Dieses Sittzschreiben ist von Männern ohne Unterschied der Parteirichtung unterzeichnet worden. Durch dieses Gesetz wird nicht nur der Landwirthschaft, sondern dem gesammten Gewerbe und Handwerk eine große Belastung auferlegt, eine Belastung, welche in manchen Kreisen eine Höhe erlangt, daß sie fast der Grundsteuer gleichkommt, also 100 Prozent ausmacht. Die Landwirthschaft, deren Nothstand durch Futtermangel des vorigen Jahres noch erhöht wurde, hat diese Belastung noch schwerer empfunden. Aber auch die Arbeiter sind mit dem Gesetz nicht einverstanden, vor allem nicht diejenigen, welche Aussicht haben, später selbstständig zu werden. Der größte Fehler, der bei dem Gesetze gemacht ist, ist der gewesen, daß trotz des lebhaften Wunsches eines großen Theils des Reichstags statt des Deckungsverfahrens das Umlageverfahren eingeschlagen ist. Zu der finanziellen Belastung kommt noch das Klebeverfahren, welches sich gleichfalls keine Freundschaft hat erwerben können. Es wäre jedenfalls vortheilhafter gewesen, Jahres- oder Vierteljahresmarken an Stelle der Wochenmarken zu wählen. Als weiterer Fehler kommt hinzu die Kostspieligkeit der Verwaltung, obwohl anerkannt werden muß, daß in Bayern etwas billiger gearbeitet ist. Das kommt freilich daher, daß in Bayern die landwirthschaftlichen Betriebe überwiegen; die Organisation hätte sich fraglos billiger einführen und gestalten lassen, wenn, wie s. Z. hier empfohlen, dieselbe nach Muster der Knappschaftskassen eingerichtet wäre. Die Nothwendigkeit, dieses Gesetz endlich abzuändern, haben auch die verbündeten Regierungen anerkannt und erst noch im Februar dieses Jahres ist vom Bundesrathstisch eine Novelle zum Invaliditätsgesetz zugesichert worden. Zwischen dem konservativen und unserem Antrage besteht kein wesentlicher Unterschied, nur daß in jenem weiter gegangen wird. Darum haben wir eine Enquete beantragt. Kann ein Gesetzentwurf, der unseren Wünschen Rechnung trägt, auch ohne eine solche Enquete eingebracht werden, so sind wir auch damit zufrieden. Ich ersuche Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Abg. v. Staudy (kons.): Wenn Klagen von unserer Seite über das Invaliditätsgesetz laut werden, so hält man uns hier im Hause und in der Presse entgegen, daß wir für das Gesetz gestimmt hätten. Das ist nicht ganz richtig. Allgemein wurde damals anerkannt, daß es sich um einen Sprung in's Dunkle handle. Man mußte nach einem Jahre aus der Praxis erfahren, wie weit man mit dem Gesetz kommen könnte. Dem Antrage Aichbichler können wir nur beistimmen. Wenn wir gleichwohl noch einen besonderen Antrag eingebracht haben, so kommt das daher, daß in dem Antrage des Zentrums einige Punkte nicht berührt sind. Das Markensystem ist ganz unhaltbar, und die Verwaltung ist zu theuer, wie ja auch die Rechnungsberichte für 1892 ergeben. Die Verwaltungskosten betrugen 33⅓ Prozent der in dem gleichen Zeitraum gewährten Renten. Das Markensystem involvirt große Belastung und schwere Verantwortung für den großen Arbeitgeber, für die kleineren Arbeitgeber auf dem Lande ist es geradezu unerträglich. Ich sehe es mit Besorgniß, daß zu einer Zeit wirthschaftlicher Depression so ungeheure Summen aus dem Verkehr gezogen werden durch Ansammlung des Vermögens der Versicherungsanstalten. Bis jetzt beträgt diese schon 151 Millionen, während man bis zum Beharrungszustande nur auf 1¼ Milliarde gerechnet hatte. Die verbündeten Regierungen sind aber allein nur in der Lage, an die Aenderung eines solchen Gesetzes heranzutreten. Ich denke zunächst an das Umlageverfahren, bei dem die Kräfte jedes einzelnen gerechter wie bisher herangezogen werden müssen. (Zuruf: Aber wie?) An Stelle des Markensystems müßte dann die Prämiumtreten, daß Jemand, der die Rente verlangt, auch wirklich während der ganzen dazu erforderlichen Zeit gearbeitet hat. Lieber drei Mal eine Rente mehr bezahlen als eine zu wenig! Dadurch werden viele Schereereien fortfallen.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

Bant, den 11. Dezember.

— Im Reichstage wurden am Sonnabend die Initiativanträge bezüglich der Aenderung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes berathen, doch wurde die Berathung nicht zu Ende geführt, sondern beschlossen, sie heute fortzusetzen. Heute wird auch der Antrag betreffend der Eisenbahnfahrkarten berathen worden sein. — Der Seniorenkonvent des Reichstages beschloß am 7. Dezember von einer Berathung der Wein- und Tabaksteuer vor

Landesbibliothek Oldenburg

Weihnachten abzusehen und das Hauptgewicht auf die Durchberathung der Handelsverträge zu legen. Die Annahme des Gesetzes über die Stempelabgaben soll mit Sicherheit zu erwarten sein, da alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei, der Vorlage sympathisch gegenüberstehen.

— Was von den sozialreformatorischen Forderungen des Wahlvereins der Liberalen zu halten sein wird, das zeigt die Behandlung des bekannten Eisenbahnreformers Dr. Eduard Engel auf dem jüngst abgehaltenen Parteitag, weshalb er auch ausgetreten ist. Engel hatte auf dem Parteitag der sogenannten „freisinnigen Vereinigung" den Antrag gestellt, in das Finanzprogramm der Vereinigung einen Passus aufzunehmen, der eine durchgreifende Reform des Eisenbahntarifwesens befürwortete, war aber mit diesem Antrage brüsk abgewiesen worden. Der Engel'sche Antrag war nicht nur von großer finanzieller Tragweite, er erhielt auch ein positives soziales Programm, da eine Erleichterung des Eisenbahnverkehrs auf Handel und Wandel, auf Bildung und Gesittung des Volkes, auf die freie Beweglichkeit und somit auf die Unabhängigkeit der unbemittelten Schichten des Volkes von der Scholle einen ungeheuren Einfluß ausüben muß. Herr Gotheim aus Breslau aber erklärte, dieser Antrag „gehöre nicht hierher", und Herr Rickert folgte den Spuren des Breslauer Vorbildes.

— Die bayerische Kammer nahm vorige Woche einstimmig den Antrag der Liberalen auf eine authentische Interpretation des Artikels 138 der Militärstrafgerichtsordnung an, der dahin geht, daß der Ausschluß der Oeffentlichkeit nur vom Beginne des Verhörs bis zum Verhandlungsschlusse zulässig sein soll. Der Kriegsminister erklärte, die Staatsregierung erkenne die Nothwendigkeit eines Antrages anläßlich des Prozesses Hoffmeister nicht an. Die Kammer möge erwägen, ob der Gegenstand und die Wahrung der Interessen des Militärdienstes nicht an die Fassung der bezüglichen Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches anschließbar seien.

— Zur Frage der Immunität der Abgeordneten. Der Oberstaatsanwalt zu Hamburg hat dem Abgeordneten, Genossen Stadthagen mitgetheilt, daß er die Strafvollstreckung so lange aussetzt, bis der Senat als oberste Justizverwaltungs-Behörde über die Beschwerde Stadthagens gegen Androhung eventueller Verhaftung entschieden haben wird. — Nebenbei sei bemerkt, daß die andern beiden Verurtheilten aus dem Romanprozeß, der Reichstagsabgeordnete Metzger und Redakteur Emil Fischer vom Hamburger „Echo" ihre Strafe bereits angetreten haben.

— Vom Rückgang der Sozialdemokratie giebt eine Zuschrift aus München an die „Frankf. Ztg." einen drastischen Beweis. Es heißt dort: bei den Gemeindewahlen wurden gestern bei vollständig gleichem Wahlrecht 12 Liberale, 6 Klerikale, ein liberal-ultramontaner Kompromißkandidat und ein Sozialdemokrat gewählt. Von den insgesammt abgegebenen Stimmen trafen aber 4396 auf die Liberalen, 3714 auf die Klerikalen und 2630 auf die Sozialdemokraten. Das Stimmenverhältniß ist also ein erheblich anderes, als das Verhältniß der Zahl der jeweiligen Mandate. Gegen 1890 sind die sozialdemokratischen Stimmen um 1446, um mehr als die Hälfte gewachsen, wobei in Betracht kommt, daß jeder Wahlberechtigte Bürger sein muß. Daß die Gesammtzahl der sozialdemokratischen Wahlstimmen mehr als die Hälfte der Liberalen und mehr als zwei Drittel der Klerikalen ausmacht, darf ebenfalls nicht übersehen werden. Das Ergebniß der Wahl ist somit keineswegs der ziffern- oder mandatsmäßig richtige Ausdruck der Anschauung Derer, die insgesammt gewählt haben. Ohne die sog. „Dreimarkbürger", d. h. ohne die Beamten, die nach einer neueren Bestimmung nur drei Mark für die Erwerbung des Bürgerrechts zu bezahlen brauchen, die außerdem 85 Mk. kosten würde, wäre die Gesammtzahl der für die Liberalen abgegebenen Stimmen hinter der der Klerikalen zurückgeblieben und doch — auch das ist charakteristisch — würden die Liberalen trotzdem vielleicht die Mandats-Mehrheit, wenn auch in knappster Ziffer, behauptet haben.

— Die Verwendung jugendlicher Arbeitskraft nimmt in erschreckender Weise zu, während die bejahrten Arbeiter mehr und mehr verdrängt, als „zu alt" aufs Pflaster geworfen werden. Der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Köln giebt die Gesammtzahl der jugendlichen, d. h. aller weniger als 16 Jahre alten Arbeiter im Regierungsbezirk Köln, auf 5097 an. Es kommen auf je 11 Erwachsene ein jugendlicher Arbeiter. Das ungünstige Verhältniß findet sich für männliche Arbeiter in dem polygraphischen Gewerbe und in der Textilindustrie; es ist das 5 : 1 und 7 : 1. Für weibliche Arbeiter stellt sich in einzelnen Gruppen ein recht ungünstiges Verhältnis heraus. Namentlich gilt dies in der Ziegel- und Nahrungsmittelindustrie mit 3 : 1 und zwar in letzterer besonders hervorragend mit 2,7 : 1 in der Großindustrie, während in den Ziegeleien gerade die mittleren und kleinen Anlagen eine sehr hohe Ausnutzung der jugendlichen Kräfte aufweisen. Das Verhältniß von erwachsenen weiblichen Personen zu den jugendlichen stellt sich für Großbetriebe auf 6 : 1, dagegen das der Mittel- und Kleinbetriebe auf 1,3 : 1 und 1,4 : 1! Die Verwendung von Kinderarbeit in größerem Maßstabe findet sich größtentheils in der Textilindustrie und zwar in erster Reihe in der Großindustrie der Kreise Gummersbach (Wollengewebe) und Bonn (Juteindustrie), daneben auch in der Industrie der Steine und Erden. Erstere beschäftigt 58 pCt., letztere 22 pCt. aller in Arbeit stehenden Kinder.

— Die Gemeindewahlen in Leipzig haben zwar unseren Genossen einen bedeutsamen Zuwachs von Stimmen gebracht, aber die Hoffnung, einige der Ihrigen in die Stadtvertretung hinein zu bringen, ist nicht geglückt. (Die entgegengesetzte erste Nachricht erweist sich leider als unrichtig.) Leipzig ist zwar seit langem nicht mehr eine Hochburg des Nationalliberalismus, der auch dort längst abgewirthschaftet hat, aber es ist die Hochburg der vereinigten Reaktionsparteien Sachsens. In keiner Stadt Sachsens, ja wir können sagen Deutschlands, ist die „reaktionäre Masse" so gut organisirt, hat sie durch ihre Klicken- und Vetternwirthschaft so vollständig von allen einflußreichen Stellen Besitz genommen, und verfügt sie über größere Machtmittel und ein größeres Maß von Rücksichtslosigkeit, als grade in Leipzig. Deshalb kann diese Veste auch nicht durch Ueberrumpelung gewonnen werden, wie weiland Dresden. Es bedarf einer regelmäßigen Belagerung. Und diese wird durch unsere Genossen seit nun 20 Jahren — die doppelte Zeit der Belagerung von Troja — planmäßig geführt. Immer weiter werden die Laufgräben vorgetrieben. Jede Wahl stellt einen bedeutenden Fortschritt fest. Und niemals sind erfreulichere Fortschritte festgestellt worden, als bei der letzten Gemeindewahl: nämlich verglichen mit dem Vorjahr 1100 Stimmen mehr für unsere Partei und 700 weniger für den Ordnungsbrei. Und da hat das „Leipziger Tageblatt" den traurigen Muth — oder ist's Galgenhumor? — zu sagen, wir hätten eine Niederlage erlitten, weil wir noch keinen unserer Genossen in die Stadtverordneten-Versammlung gebracht! Nun — im nächsten Jahre werden wir Ernte halten. Und bald wird auch bei den Reichstagswahlen das rothe Banner auf der Pleißenburg aufgepflanzt. Da aber Leipzig vielleicht die festeste Festung unser Feinde in Deutschland war, so zeigt sich an Leipzig auch, daß es in Deutschland keine feindliche Festung giebt, die wir nicht erobern können.

Frankreich.

Paris, 9. December. Heute Nachmittag wurde in der Deputirtenkammer von der Tribüne der Zuschauer aus eine mit Nägel gefüllte Dynamitbombe in den Saal geschleudert. Die Bombe explodirte aber wie man annimmt, schon in der Luft, so daß die Wirkung derselben sich vielmehr nach den Tribünen richtete. Es wurden zahlreiche Zuschauer, darunter viele Damen, theils schwer, die meisten leicht verwundet. Von den Abgeordneten wurden an Zwanzig verwundet, darunter der Senator General Billet sehr schwer. Auch der Präsident Dupuy wurde durch einen Nagel an der Wange leicht verwundet. Das Kammerbureau und die anderen Räumlichkeiten wurden schnell in eine Ambulanz eingerichtet. Alle Deputirte, die Aerzte sind, verbanden die Verwundeten, die von den Saaldienern herbeigetragen wurden. Sofort nach der Explosion wurden sämmtliche Thüren geschlossen und militärisch besetzt. Trotzdem ist es nicht gelungen, den Thäter sofort zu ergreifen. Die Geistesgegenwart des Präsidenten verhütete eine Panik unter den Abgeordneten. Die Berathung, Wahlprüfungen, wurde nicht unterbrochen, sondern zu Ende berathen und dann nach einer Stunde die Sitzung geschlossen. Die Erregung des Publikums ist groß. Es sind an Dreißig Verhaftungen vorgenommen worden, darunter zwölf Verwundete.

Italien.

Rom, 9. Dezbr. Zarnardelli hat auf die Bildung eines Kabinets verzichtet und sein Mandat dem König zurückgegeben. An seiner Stelle hat Crispi den Auftrag zur Bildung eines Kabinets erhalten und auch angenommen.

Rußland.

Petersburg, 5. Dezbr. Das Projekt des Ministers des Innern bezüglich der Unveräußerlichkeit des bäuerlichen Landantheils ist gestern im Reichsrath mit 28 gegen 21 Stimmen angenommen worden.

— In Folge der letzten großen Hungersnoth schulden die Bauern in 47 Gouvernements des europäischen Rußlands der Krone zusammen 183 619 723 Rubel. Außerdem müssen 16 000 000 Quart Getreide zurückerstattet werden. Die Lage der Bauern in den meisten dieser Departements ist traurig. Die Steuerrückstände sammeln sich an und die Leute sind hoffnungslos in Schulden versunken. Zum ersten Mal seit drei Jahren war die Ernte gut. In Folge des Zollkrieges mit Deutschland mußten die Bauern aber ihr Getreide zum halben Werth losschlagen. Es ist schwer einzusehen, wie die Bauern wieder in die Höhe kommen sollen, wenn die Regierung ihnen nicht einen Theil der Steuern und der bei der Hungersnoth entstandenen Schuld erläßt.

Gewerkschaftliches.

— In Berlin und Umgegend ist in der mechanischen Schuhwaarenbranche ein Streik ausgebrochen. Betroffen werden von dem Ausstande, für den man als Gründe geringe Löhne, unbegründete Entlassungen und namentlich schlechte Behandlung anzibt, vier Fabriken, auch die Weißenseeer Hausarbeiter, die für die Etablissements thätig sind, haben die Arbeit eingestellt. In Mitleidenschaft sind gegen 300 Frauen und Kinder gezogen. Eine öffentliche Versammlung soll darüber beschließen, ob in einen Generalstreik einzutreten sei, der etwa 3000 Arbeiter berühren würde.

---

72)

Die Alten und die Neuen.

Roman von M. Kautsky.

Fortsetzung. Nachdr. verboten.

„Gewiß, er scheint auch ein Mann von Charakter zu sein," meinte der Buchhändler, „und als solcher würde er eine gewisse Herrschaft über das Volk auszuüben im Stande sein. Sehen Sie, Excellenz" — er zeigte ein Heft vor — „hier haben Sie eine Broschüre dieses Verfassers, es ist eigentlich nur ein Auszug aus seinem größeren Werke, zugleich in populäre Form gebracht, auch darnach ist schon Nachfrage, und aus den Provinzen sind ganz ansehnliche Bestellungen darauf eingelaufen."

Der Graf besah aufmerksam die Broschüre.

„So, so," sagte er nachdenklich, „nun, ich werde auch die Broschüre mitnehmen."

Noch an demselben Abend war der feudale Graf mit der Lektüre dieser sozialpolitischen Erörterungen beschäftigt.

Zweites Kapitel.

Im Solenbad hatte die Saison ihren Anfang genommen. Der Badeort war in der Mode und die Badeliste zeigte täglich neue und darunter sehr illustre Gäste.

Auch in der Villa der Gräfin Dönhof, in dem benachbarten Obergau, herrschte einige Lebhaftigkeit. Gräfin Marie war mit ihren Kindern gekommen und Cölestin weilte ebenfalls noch als Gast in ihrem Hause.

Seit ihrem Besuche bei der Hofer, über den sie an maßgebender Stelle Bericht erstattet und gleichsam Klage geführt, fühlte sich Gräfin Dönhof auch ihrerseits berufen, mit allen Mitteln diesen verderblichen modernen Strömungen entgegen zu arbeiten, und sie wußte die passive Marie, die mit den Ueberzeugungen einer orthodoxen auch deren Schwerfälligkeit besaß, ebenfalls für ihre Bestrebungen zu gewinnen. Sie besuchten zusammen die katholischen Institute, die von den Nonnen geleiteten Mädchenschulen und wohnten hie und da einer Unterrichtsstunde bei. In einer monotonen sinnbetäubenden Manier hörten sie die Zöglinge unisono die Sprüche und Gebete nachplappern, welche die Lehrerin ihnen vorsprach.

Es war ein klägliches Schauspiel, diese ihren Gebirgsdialekt sprechenden Kinder, hochdeutsch gedrechselte Sätze, die Selbstlaute und Endsilben in affektirter Deutlichkeit betonend, herunterleiern zu hören, und zu sehen, wie sie dabei alle, in gleich prononzirter Weise, automatenhaft die Lippen und Kiefern bewegten. Nicht ein Wort konnten sie von dem hochtrabenden Schwulst verstehen, mit dem sie hier Tag für Tag gequält wurden, und ihre natürlichen Anlagen und Fähigkeiten erhielten dadurch gewiß keine Förderung. Aber die Gräfinnen zeigten sich nichts destoweniger befriedigt, und sie wünschten nur, daß die Anzahl der Kinder, die der Wohlthat einer „Erziehung" theilhaftig wurden, eine größere sein möge.

Um diesen Wunsch thatkräftig zu unterstützen, votirten sie für die Dauer der Sommermonate einen Betrag, für welchen den Kindern täglich eine Pflaumen- oder Grützensuppe verabreicht werden sollte. Das war gewiß das beste Mittel, um alle Säumigen heranzulocken, und selbst die protestantischen Mädchen. Der Futterschale konnten diese armen Kinder nicht widerstehen, und sie würden alle kommen, ohne Unterschied.

Gräfin Marie, in ihrer frommen Ehrlichkeit und Beschränktheit, freute sich aufrichtig über dieses Auskunftsmittel mit seinen ersprießlichen Folgen.

Die Nonnen mit den schwarzen groben Kleidern und den weißen flügelartig gebundenen Tüchern waren nun die täglichen Besucherinnen der Villa, und fromme Uebungen kamen daselbst immer mehr in Schwung. Ein zweiter Jesuit, Pater Franziskus, der vor einigen Tagen nach Solenbad gekommen und durch Cölestin bei den Gräfinnen eingeführt worden, leitete dieselben.

In der Gesellschaft kursirten über Pater Franziskus, der ein strenges asketisches Aussehen hatte, die verschiedensten Vermuthungen. Vor Allem diskutirte man den Grund seines Hierseins. War er zur Kräftigung seiner Gesundheit gekommen oder hatte er eine Mission zu erfüllen? War er vielleicht zur Ueberwachung Cölestins bestimmt und hatte dieser zu Mißtrauen Anlaß gegeben? Man erschöpfte sich in diesen und ähnlichen Schlüssen. Jetzt war die Fürstin Lilli in Solenbad eingetroffen und gleichzeitig auch Helene und Elsa.

Am nächsten Morgen erwartete die Dönhof Pater Cölestin, der mit ihr zu frühstücken pflegte, vergebens.

Ein Billet, daß ihr zugestellt wurde, meldete seine Abreise.

Er habe Ordre erhalten, hieß es darin, und er müsse gehorchen.

Die Dönhof war außer sich darüber.

Sie vermuthete, daß sein Ordensbruder Nachtheiliges über ihn berichtet habe und daß Cölestin von dem Ordensgeneral selbst zur Verantwortung gezogen werden könnte.

Auch die vornehmen Damen des Kurortes, die mit ihren Sympathien den schönen Jesuitenpater heimlich verfolgt hatten, zeigten sich aufgeregt über dies plötzliche Verschwinden.

Sie liebten ihn doch eigentlich Alle, ihn, der Keine lieben durfte. Sie fanden das so pikant und so traurig und hätten ihm gerne, um ihn zu entschädigen, eine unbeschränkte Macht über ihr Gewissen eingeräumt.

Nach acht Tagen erhielt die Dönhof einen Brief aus Nizza, der sie indeß wieder beruhigte. Cölestin theilte ihr darin mit einer Ausführlichkeit mit, daß er hierher an das Krankenbett seines Bruders berufen worden sei, der an der Riviera von den Segnungen des Klimas und der Kunst der Aerzte die letzte Hilfe erwarte — wie es scheine, leider vergebens.

„So stehe ich denn", so schrieb er, „schmerzerfüllt an dem Lager des einzigen Bruders, der, seit ich ihn wieder gesehen, meinem Herzen so wunderbar nahe getreten ist. Ich wußte bisher nicht, was das heißt, einen Menschen zu lieben und um ihn zu zittern, in Mitleid und Angst ihn an die klopfende Brust zu ziehen, sich selbst hingeben zu mögen, um ihn zu retten, jetzt lerne ich diese süße Bitterniß kennen."

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Aus Stadt und Land.

Bant, 11. Dezember. Neben der Interpellation über die Abtretungsfrage wird im oldenburgischen Landtage morgen die Berathung des Ausgabe-Etats erfolgen. In demselben figuriren einige interessante Posten, die vom Finanzausschuß dem Landtage zum Theil zur Annahme, zum Theil aber auch zur Ablehnung empfohlen werden. So unterstützt der Ausschuß den Antrag, die Baugewerkeschule mit 10 000 Mk., anstatt wie bisher mit 1200 Mk., jährlich zu unterstützen; freilich unter der Voraussetzung, daß die Stadt Oldenburg ihren Zuschuß von 300 Mk. auf 2500 Mk. erhöht. Dabei besteht die Absicht, Grundstück und Gebäude käuflich für den Staat zu erwerben, um sie später ev. ganz übernehmen zu können. Ferner wird ein Zuschuß gefordert zu den Kosten des Theater-Neubaues. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages, da das Land kein großes Interesse an dem Theater habe. Dagegen habe die Stadt Oldenburg ein großes Interesse daran. Von Interesse ist auch die Resolution des Ausschusses, die Reorganisation des Oberschulkollegiums betr., derselbe fordert die Reorganisation dieser Behörde in der Voraussetzung, daß diejenige Behörde, die den gesammten Unterricht zu überwachen hat, nothwendig Männer in ihrer Mitte haben muß, die durch die Praxis geschulte Pädagogen sind. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß das Oberschulkollegium nicht besonders großes Vertrauen beim Landtag besitze.

Bant, 11. Dezember. Die gestern nach der „Arche" einberufene öffentliche Maurerversammlung war recht gut besucht. Die in Permanenz bestehende Lohnkommission erstattete Bericht über ihre Thätigkeit, welcher beifällig aufgenommen wurde. Hiernach wurde zur Wahl einer neuen Lohnkommission geschritten und wurden zu dieser die alten Mitglieder fast ausnahmslos wiedergewählt. Hinsichtlich der Lohnfrage wurde der bisherige in Kraft gewesene Lohntarif mit geringen Aenderungen angenommen und soll derselbe demnächst den Bauunternehmern, bezw. Meistern zugestellt werden. An dem bisherigen üblichen Stundenlohn von 47½ Pf. soll festgehalten und überall dort Geltung verschafft werden, wo er bis jetzt noch nicht bezahlt worden ist. Ueberstunden dürfen, wie bisher, nur in dringenden Fällen gemacht und etwaige Regenpausen nur bis 7 Uhr nachgeholt werden, jedoch wird diese Nachholung nicht als Ueberzeit gerechnet. Nach Erledigung weiterer unerheblicher Punkte erfolgte Schluß der Versammlung. Daß sämmtliche Beschlüsse nach reiflicher, ja nach geradezu peinlicher Ueberlegung gefaßt worden sind, dürfte sämmtlichen Theilnehmern der Versammlung zur außerordentlichen Ehre gereichen.

Bant, 11. Dezember. Theater. Die Wilhelmshavener Theatergesellschaft, die gegenwärtig mit großem Erfolge in Varel auftritt, giebt morgen Abend im „Hotel zur Krone" ihrem Versprechen gemäß, ihr 12. Gastspiel. Gespielt wird das moderne, realistische Schauspiel „die Heimath" von Sudermann. Durch die Aufführung dieses der „Ehre" am ähnlichsten Werkes des Dichters wird den Besuchern wieder Gelegenheit gegeben, ein Stück aus dem Leben und damit ein Spiegelbild der heutigen modernen Gesellschaft auf den Brettern, die die Welt bedeuten, zu sehen. Der Besuch sollte schon deshalb, aber auch den Erwartungen der Direktion entsprechend, ein guter sein. Näheres besagen die Zettel und Inserate.

Wilhelmshaven, 11. Dezember. Wie das Verdrängen der Holz- und Segelschiffe durch die großen eisernen Segler und Dampfschiffe auf die Ergänzung und Aushebung der Kriegsmarine wirkt, zeigt eine Statistik der Rekrutenaushebung für die Marine, die gegenwärtig die Runde durch die Presse macht und in welcher nachgewiesen wird, daß fast von Jahr zu Jahr die Bevölkerung des Binnenlandes stärker zur Aushebung herangezogen werden muß, weil die seemännische nicht ausreicht. So gehörten im Jahre 1892 von den 4872 Ausgehobenen 56 Prozent der Land- und nur 44 Prozent der seemännischen Bevölkerung an. Die hiesigen Tagesblätter bringen es nun fertig, in einem Athem diese Thatsache zu bedauern und sich zugleich zu trösten, daß der Marinedienst nicht mehr so viel seemännische Vorkenntnisse erfordere, die Landratten also auch genügten. Wir meinen nun, daß diese Thatsache, das Zurückgehen der seemännischen Bevölkerung, unsere Marineschwärmer schon allein abhalten sollte, die Vergrößerung der Kriegsflotte nach den bekannten Wünschen anzustreben. Wenn auch so viel seemännische Vorkenntnisse wie früher nicht von den Matrosen verlangt zu werden, brauchen, so würde die Marine z. B. den Engländern gegenüber mit lauter Landratten keine großen Lorbeeren ernten können.

Jever, 9. Dezember. Wie die „Jeverl. Nachr." in der Lage sind zu berichten, so ist in der Unfallstreitsache des Gartenarbeiters Meins zu Jever gegen die land- und forstwirthschaftliche Berufsgenossenschaft folgende Entscheidung von dem Reichsversicherungsamt herbeigeführt worden, die von prinzipieller Bedeutung ist, wie wir sie aber nicht anders erwartet haben, obgleich die Versicherungspflicht sich scheinbar nur auf Kunst und Handelsgärtnereien, nicht aber auf Haus- und Ziergärten erstreckt. Der Kläger Meins stand seiner Zeit bei dem Kunst- und Handelsgärtner Herrn Hinrichs in Jever in Arbeit. An diesen wandte sich Herr Amtsauptmann Zedelius, damit er ihm seinen Hausgarten in Ordnung bringen lasse. Hinrichs übernahm diesen Auftrag und schickte zur Ausführung desselben den Kläger. Beim Umgraben des Gartens verletzte sich derselbe an einem Strauch das Auge. Die Berufsgenossenschaft weigerte sich nun eine Rente für diesen Unfall zu zahlen, weil derselbe nicht in Ausübung des Gärtnereigewerbes, sondern beim Besorgen eines Privat-Ziergartens sich ereignet habe. Der gleichen Ansicht war auch das Schiedsgericht in Oldenburg und wies daher die Berufung des Klägers ab. Zur Begründung seines Rekursgesuchs führte derselbe aus, daß es eine unzutreffende Annahme sei, er sei nicht im Betriebe seines Arbeitgebers, sondern in der Privatwirthschaft des Kunden verunglückt. Denn zum Geschäftsbetriebe eines Handelsgärtners gehöre es auch, daß er solche Aufträge für seine Kunden übernehme und ihnen die Arbeiter dazu stelle. Diese während solcher Arbeitsleistung von der Versicherung auszuschließen, würde unbillig sein und dem Sinne des Gesetzes wenig entsprechen. Das Reichsversicherungsamt erkannte auf Aufhebung der Vorentscheidung und verurtheilte die landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Rente.

Oldenburg, 9. Dezember. Das Staatsministerium macht die Namen und Wohnorte des Vorsitzenden, der Mitglieder und Stellvertreter des Schiedsgerichts für die Unfallversicherung der in den Baggereibetrieben des Großherzogthums beschäftigten Personen nach dem Stande vom 1. Oktober d. J. folgendermaßen bekannt: Vorsitzender: Wemer, Landgerichtsrath, Oldenburg. Stellvertretender Vorsitzender: Graepel, Landgerichtsassessor, Oldenburg. Beisitzer: Trouchon, Baurath, Jever, D. Logemann, Boitwarden, Joh. Eilers, Nadorst. Stellvertretende Beisitzer: Hoffmann, Baurath, Oldenburg, Tuitjer, Oberbauinspektor, Berne, Oeltermann, Oberbauinspektor, Clopperburg, Kuhlmann, Oberbauinspektor, Brake, H. Rabien, Boitwarden, Georg Borchers, Nordloh, Gerh. Helms, Nadorst, Friedrich Graf, Rastede-Südende.

Oldenburg, 10. Dezember. Wir machen die hiesigen Leser an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam, daß am kommenden Freitag, den 15. d. Mts., Abends von 6—8 Uhr auf dem Rathhause die Gewerbegerichtswahlen stattfinden und ersuchen wir um zeitige Verbreitung unserer Stimmzettel in allen Werkstätten.

Oldenburg, 10. Dezember. Die Angst vor väterlicher Züchtigung scheint den Lehrling eines hiesigen Malers in den Tod getrieben zu haben. Zwei Lehrlinge anderer Meister hatten heimlich selbstständig Arbeiten ausgeführt, natürlich mit den Farben ihrer Meister, was vor ca. drei Wochen entdeckt wurde. Der junge Selbstmörder scheint in irgend einer Weise hilfreiche Hand geleistet zu haben, denn nach der Entdeckung verschwand er plötzlich und wurde jetzt im Bürgerbusch erhängt aufgefunden.

Eingesandt.

Wilhelmshaven, 8. Dezbr. Schon vier Wochen dauert die Aussperrung der Töpfer in der Werkstatt des Töpfermeisters Dähn und ist noch kein Ende abzusehen, da Herr Dähn auch die Vermittlungsvorschläge der Gewerkschaftskommission abgelehnt hat. Da im Publikum, wie es scheint, noch große Unklarheit herrscht über unsere Forderung, die Ursache der Aussperrung, so wollen wir sie an dieser Stelle noch einmal veröffentlichen. Wir forderten weiter nichts, als Herr Dähn sollte den einheitlichen Lohntarif, den die anderen Töpfergeschäfte anerkannt und unterschrieben haben, auch unterschreiben. Dies konnte er um so eher thun, als er ja mündlich mit dem Tarif sich einverstanden erklärt hatte. Wir stellten diese Forderung auf, um unser Handwerk zu heben und die Pfuscharbeit zu beseitigen. Ist diese Forderung nun so unverschämt, daß man uns aussperren muß und jede Vermittlung zurückweist? Wir glauben es nicht und sind überzeugt, daß Jedermann, natürlich außer Herrn Dähn, diese Forderung nicht als unbillig ansehen kann. Unserer Sache untreu geworden sind zwei Kollegen, der eine, Meyerhoff, zwar kein Töpfer, arbeitet an Stelle eines solchen, und der andere, Carl Otto aus Thüringen, nicht zu verwechseln mit W. Otto, will, wie er sich äußerte, mit uns nichts zu thun haben. Bislang ist nur ein Streikbrecher aus Berlin eingetroffen. Ob mit diesen und den Lehrlingen, die nun auch des Sonntags und des Feiertags arbeiten müssen, Herr Dähn seine Arbeit fertig bekommt, ist fraglich. Wir bitten daher das hiesige Publikum und besonders die hiesige Arbeiterschaft auch ferner um ihre Sympathie und Unterstützung, und werden auch sie, wie die Kollegen überall, die genannten Streikbrecher werth zu schätzen wissen.

J. A. der streikenden Töpfer von Wilhelmshaven:
J. Kreutzfeld, Augustenstraße 4.

Quittung.

Für die Hinterbliebenen der Verunglückten mit dem Dampfer „Frieda" vom Lindenwirth in Marienfiel 1 Mk. erhalten.
Die Redaktion.

Vereins-Kalender.

„Verein deutscher Schuhmacher". Montag, den 11. Dezbr., Abends 8½ Uhr: Versammlung bei Held.
„Verband der Maurer". Dienstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Held, Kopperhörn.
„Verband der Bauarbeiter". Mittwoch, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann.

Verkauf.

Die Viehhändler **Gebr. Bunk** in Wittmund lassen am

Donnerstag den 14. Dez. d. J.
Nachmittags 2 Uhr anfgd.

in der Behausung des Wirths **Auhagen** in Sedan

ca. 50 bis 60 Stück
große und kleine
Schweine
bester Raçe

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, 8. Dezember 1893.

H. Gerdes,
Auktionator.

Ehe Sie sich einen Winter-Ueberzieher oder Anzug kaufen, besuchen Sie das große Spezial-Herren- u. Knabengarderoben-Lager von Franz Jakubczyk, Schneidermeister, Marktstr. 27, wo wirklich hochelegante, gutsitzende und sauber gearbeitete Sachen in denkbar größter Auswahl zu konkurrenzlos niedrigen Preisen geboten werden.

Trockene geräucherte
Mettwurst
bei Abnahme von 5 Pfd. à Pfd. 65 Pf.
empfiehlt
E. Langer,
Neuestraße 10.

Zu Weihnachten!
Sammlung sozialistischer Jugendschriften.
Hans Röders Abenteuer.
Der Jugend erzählt von Theob. Werra.
32 Druckseiten, gr. Format, mit 16 vorzüglichen Illustrationen.
zu 10 Pfg.
G. Buddenberg,
Volksbuch- und Bilder-Handlung,
Marktstraße 27.

Ein Stundenmädchen
auf sofort gesucht. Friederikenstr. 9, 1 Tr.

Ein möbl. Zimmer
zum 15. Dezember zu vermiethen.
Müllerstraße 2, parterre, links.

Verein der Heizer.
Mittwoch den 13. Dezember sowie jeden zweiten Mittwoch im Monat
Abends 8 Uhr
Versammlung
— im Vereinslokal. —
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

A. C. Stephan
Rechnungssteller und Mandatar
Bant
Neue Wilhelmshavenerstraße 48.
Geschäftsstunden:
Täglich von 8—12 Uhr Vormittags und 1—8 Uhr Nachmittags.
Anfertigen von schriftlichen Arbeiten aller Art.

Wulf & Francksen
Gute Waare ist stets die billigste.
Ausstellung fertiger Betten.

Ein Posten
einzelner Feder-Kopf-Kissen
bedeutend unter Preis.

Landesbibliothek Oldenburg

Goldwaaren

in reicher, großartiger Auswahl
zu den allerniedrigsten Preisen.

August Jacobs,
Uhrmacher,
Neuestr. 12. Neuestr. 12.

Feinste
Herren-Anzüge
in sehr großer Auswahl und bewährten, guten Qualitäten, zu **billigsten** Preisen.

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Größtes Spezialgeschäft für alle Herren- und Knaben-Artikel, sowie alle Unterziehzeuge etc.
Wilhelmshav. Kleiderfabrik Louis Leeser,
1 Bismarckstraße 1.
Preise anerkannt billigst auf jedem Gegenstand mit roth. Zahlen verzeichnet.

Elegante
Herren-Winter-Überzieher
und hochfeine
Kragen-Mäntel
in großer Auswahl zu billigen Preisen.

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Empfehle mit Zahlungs-Erleichterung:

Prima
Näh-Maschinen
für Hand- und Fußbetrieb.

H. C. Tyarks, Bant.

Baby-Wecker

von 2 Mk. 30 Pf. an.

August Jacobs,
Uhrmacher,
Neuestr. 12. Neuestr. 12.

Billig! Billig!

Puppen und Spielsachen

in großartiger Auswahl zu den denkbar **billigsten Preisen** empfiehlt

Heinr. Hitzegrad,

Werftstraße.

Uhren-, Gold- und Silber-Waaren.

Fahrräder und Nähmaschinen.

August Jacobs
Uhrmacher,
Neuestraße 12,
liefert gute Waaren zu den allerniedrigsten Preisen.

Musikwerke.

Alfenide-Waaren.

Rauchtische
Rauchservice
Schreibzeuge 2c.

Japan. Lackwaaren.

Ferner:
Photographie-Albums
Schreibmappen
Cigarren-Etuis
Schmuck u. Nähkasten
halte zu Weihnachtsgeschenken in reichster Auswahl zu billigen Preisen bestens empfohlen.

Arnold Gassel.

Gesucht

von einem jungen Manne auf sogleich ein **unmöblirtes Zimmer,** am liebsten in der Neuen Wilhelmshavenerstraße. Offerten nimmt die Exp. d. Bl. unt. „Nr. 100" entg.

Hotel zur Krone, Bant.

Täglich:
Künstler-Vorstellungen.
Stets wechselndes Programm.
Anfang an Wochentagen 8½ Uhr, an Sonntagen 5½ Uhr. Entree 40 Pf.

J. F. Gloystein.

Rheumatismen, Gicht, Zahnweh, Rückenleiden, Kopfweh, Magenübel, selbst unheilbar gehaltene Wunden heilt

Frau Knoch,
Tonndeich, Karlstraße 7, p. l.

Wollene
Schlafdecken
(Normaldecken)
Stück 2,50, 3,75, 4,75, 6,25, 7,50, 9,50—22 Mk.

Wulf & Franckſen.

Herren- u. Damenuhren

in Gold und Silber
wie bekannt sehr billig,
langjährige schriftliche Garantie.

August Jacobs,
Uhrmacher,
Neuestr. 12. Neuestr. 12.

Theater in Bant.

Hotel zur „Krone".
Dienstag den 12. Dezember:
Zwölftes Gastspiel des Berliner Ensemble (Direktion Scherrbarth u. Weinholz).
Novität! Novität!

Die Heimath.

Schauspiel in 4 Akten von **Hermann Sudermann.**
Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8½ Uhr.
Alles Nähere die Programme.

Christbaum-Konfekt

hochfein, inkl. Kiste, ev. 240 große oder 440 kleine Stück enthaltend, für Mk. 2.50 p. Nachn.
M. Mietzsch, Dresden A, 4.

Regulateure

in geschmackvollen Mustern,
äußerst billig,
über 100 Stück am Lager.

August Jacobs,
Uhrmacher,
Neuestr. 12. Neuestr. 12.

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend Abend 10½ Uhr verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut

Mathilde Heinrich

im Alter von 18 Jahren 1 Monat 25 Tagen, was wir allen Verwandten und Bekannten mit der Bitte um stilles Beleid tiefbetrübt zur Anzeige bringen.

Bant, den 11. Dez. 1893.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Heinrich.
Paul Kuhndt.

Die Beerdigung findet Dienstag den 10. Dezember, Nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause, Jeverschestraße 13, aus statt.

Todes-Anzeige.

Heute starb plötzlich und unerwartet an Croup unsere liebe kleine

Anna

im zarten Alter von 15 Monaten, was wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten tiefbetrübt zur Anzeige bringen.

Bant, den 10. Dezember 1893.

Richard Beyer und Frau
nebst Kindern u. Großeltern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 13. d. Mts., Nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause, Karlstr. 1, aus statt.

Redaktion, Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg